

Negative Zeitenwende verhindern



MAYA GRAF, STÄNDERÄTIN
MITGLIED POLITIKTEAM FUTURE

Die laufende Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Die Arbeit unseres Parlaments war in den Jahren 2019–2023 von einschneidenden Krisen geprägt: Bewältigung der Corona-Pandemie, Angriffskrieg auf die Ukraine, unsichere Energieversorgung, Herausforderungen aufgrund der Klimakrise und letztlich auch noch die CS-Notfusion mit der UBS.

Ebenfalls in dieser Legislatur – sozusagen im Schatten all dieser Krisen – wurde der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz durch den Ausschluss aus den Europäischen Rahmenprogrammen durchgerüttelt. Anders als bei einer Pandemie oder einer Energieknappheit sind die Konsequenzen nicht von heute auf morgen zu sehen. Seit 2021 sind die betroffenen BFI-Organisationen jedoch im Krisenmodus, um im internationalen Wettbewerb nicht abgehängt zu werden.

Hinzu kommen nun die Sparpläne des Bundesrates, wonach auch im BFI-Bereich im Jahr 2024 rund 2% der ursprünglich geplanten Mittel eingespart werden sollen. Somit würde auch die Finanzierung in der nächsten BFI-Periode 2025–2028 auf einem niedrigeren Niveau beruhen. Das ist kurzsichtig und unverständlich angesichts der Herausforderungen.

Wir wollen eine baldige Assoziierung der Schweiz an «Horizon Europe», doch sind uns derzeit die Hände gebunden. Umso wichtiger ist es, dass das (neu gewählte) Parlament bei der Beratung des Voranschlags 2024 und der BFI-Botschaft seine Verantwortung wahrnimmt und ausreichend Mittel in unseren BFI-Standort investiert. Nur so kann in der nächsten Legislatur eine negative Zeitenwende im BFI-Bereich verhindert werden.

S. 2

BFI-BOTSCHAFT 2025–2028

Die Spitzenposition der Schweiz ist akut gefährdet

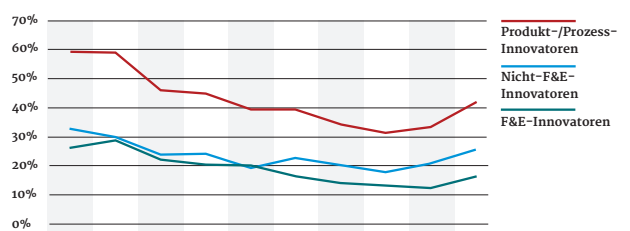
Der Bundesrat hat seinen Entwurf der BFI-Botschaft 2025–2028 in die Vernehmlassung geschickt. Sein erklärtes Ziel ist es, dass die Schweiz in Bildung, Forschung und Innovation führend bleibt. Für die BFI-Akteure stehen die Mittel nicht im Einklang mit den Zielen.

S. 3

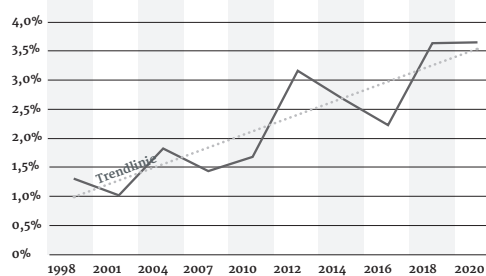
FACTS & FIGURES

Zunehmende Konzentration der Innovationsaktivitäten in der Schweiz

Anteil innovativer Unternehmen in %



Anteil des Umsatzes für die Finanzierung von F&E-Aktivitäten



S. 4

FACHKRÄFTEMANGEL

Erleichterte Zulassung für ausländische Fachkräfte umstritten

LEHRPERSONENAUSBILDUNG

Zulassungsregeln für die PH auf dem Prüfstand

BUNDESHAUSHALT

Kürzungen von 2% mit Konsequenzen bis 2028

Impressum

Münstergasse 64/66, 3011 Bern / T +41 31 351 88 46
info@netzwerk-future.ch, www.netzwerk-future.ch
Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt. // © Netzwerk FUTURE 2023

BFI-BOTSCHAFT 2025-2028

Die Spitzenposition der Schweiz ist akut gefährdet

Der Bundesrat hat seinen Entwurf der BFI-Botschaft 2025-2028 in die Vernehmlassung geschickt. Sein erklärtes Ziel ist es, dass die Schweiz in Bildung, Forschung und Innovation führend bleibt. Dafür sieht er maximal 29,7 Milliarden Franken für die gesamte Vierjahresperiode vor. Das reale Mittelwachstum beträgt 1%, sofern die Bundesfinanzen dies zulassen. Die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Förderung von Forschung und Innovation sind der Ansicht, dass die Mittel nicht im Einklang stehen mit den vorgegebenen Zielen. Die Spitzenposition der Schweiz ist gefährdet.

Der Bundesrat hat seinen Entwurf der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025 bis 2028 (BFI-Botschaft 2025-2028) in die Vernehmlassung geschickt. Mit der Botschaft verfolgt die Regierung das Ziel, dass die Schweiz in diesem Bereich weiterhin führend bleibt. Insbesondere will sie den Fachkräftemangel bekämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken, die derzeit unter internationalem Druck steht.

Um seine Ziele zu erreichen, plant der Bundesrat zwischen 2025 und 2028 Investitionen im BFI-Bereich von maximal 29,7 Milliarden Franken. Damit verbunden kündigte er ein durchschnittliches jährliches Wachstum von nominal 2% an. Inflationbereinigt würde das vom Bundesrat vorgesehene reale Wachstum 1% betragen. Die tatsächliche Entwicklung der Teuerung kann dieses Wachstum jedoch erheblich reduzieren. In der gegenwärtig schwierigen Finanzlage rechnet der Bundesrat im Weiteren damit, dass er die vorgesehenen Beträge im Rahmen der jährlichen Budgets kürzen muss.

Spitzenposition der Schweiz gefährdet

Die Schweizer Hochschulen, der ETH-Bereich, der Schweizerische Nationalfonds, die Innosuisse und die Akademien der Wissenschaften Schweiz äusserten sich im Rahmen des Netzwerks FUTURE gemeinsam zum Botschaftsentwurf. Die Partnerorganisationen sind der Ansicht, dass der Bundesrat mit dieser Botschaft den BFI-Bereich zurückstuft. Die geplanten Mittel entsprechen nicht dem erklärten Ziel des Bundesrates: «Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation und nutzt die Chancen der Digitalisierung.» Angesichts der Herausforderungen, mit denen der BFI-Bereich derzeit konfrontiert ist, gefährdet dieses geringe Mittelwachstum eindeutig die Führungsrolle der Schweiz.

Verlust der internationalen Attraktivität

Einerseits gibt es das Problem der Internationalität des BFI-Standorts. Bis heute konnte die Schweiz keine vollständige Beteiligung an den Rahmenprogrammen für Forschung, Innovation und Bildung der Europäischen Union sicherstellen. Das bedeutet einen erheblichen Schaden für die internationale Positionierung des Schweizer BFI-Bereichs, seine Vernetzung und seine Attraktivität. Die umgesetzten Übergangsmassnahmen sind kein Ersatz für die

Rahmenprogramme. Die Schweiz müsste deshalb ihre verschiedenen Formate zur Förderung von Forschung, Innovation und Studierendenmobilität im Inland weiterentwickeln. Der Entwurf der BFI-Botschaft 2025-2028 lässt dies aber nicht zu, sondern läutet eine Periode der Verzichtplanung ein.

Starkes Wachstum der Studierendenzahlen

Andererseits ist das erwartete Wachstum der Studierendenzahlen an den Hochschulen eine grosse Herausforderung. Das Bundesamt für Statistik erwartet einen Anstieg zwischen 6% und 20% an den Fachhochschulen und zwischen 9% und 21% an den universitären Hochschulen. Diese Zunahme wird durch die Nachfrage der Wirtschaft nach qualifizierten Fachkräften gestützt und erfordert zusätzliches Personal, um die Qualität der Ausbildung auf dem heutigen Niveau zu halten. Bei einer Stagnation der finanziellen Mittel wird sich die Betreuung der Studierenden zwangsläufig verschlechtern.

Die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE entwickelten Finanzszenarien, die dem Parlament in der Debatte als Orientierungshilfe dienen sollen. Ihren Berechnungen zufolge bedeutet ein reales Wachstum der finanziellen Mittel von weniger als 1,5% einen Rückschlag für die Schweizer Führungsposition. Nur ein reales Wachstum zwischen 1,5% und 2,5% würde es ermöglichen, die Leistungen des BFI-Bereichs und seine Attraktivität zu erhalten. Ein reales Wachstum zwischen 2,5% und 3,5% wäre notwendig, um den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz weiterzuentwickeln.

Eine strategisch ausgerichtete Politik

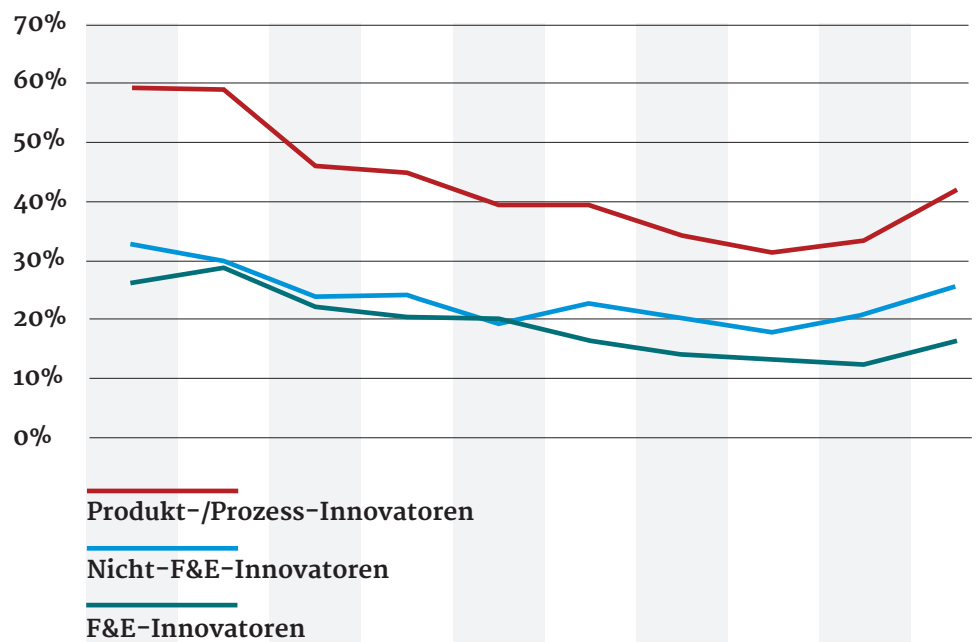
Abgesehen von der Frage der Schweizer Führungsrolle erinnern die Partner des Netzwerks FUTURE daran, dass die BFI-Politik im Dienst vieler Prioritäten des Bundes steht. Wer in Bildung, Forschung und Innovation investiert, schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Energiewende, die harmonische Digitalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft und die Verbesserung des Gesundheitssystems. Und nicht zuletzt bedeutet es auch, die Weichen für eine starke Wirtschaft als Garant für Arbeitsplätze und Wohlstand zu stellen.

FACTS & FIGURES

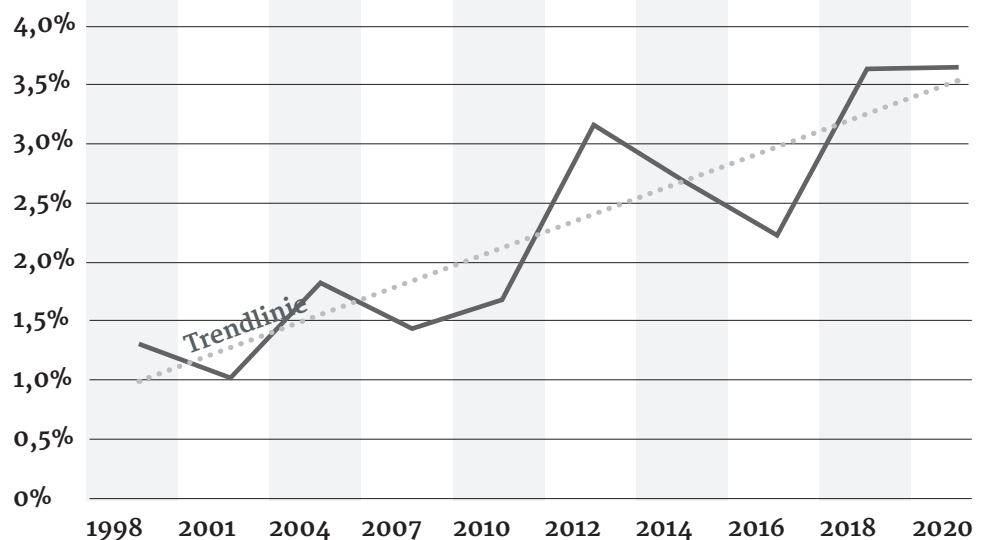
Zunehmende Konzentration der Innovationsaktivitäten in der Schweiz

Die Schweiz ist gemäss dem Global Innovation Index eines der innovativsten Länder der Welt. Ein Bericht, der vor kurzem vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation veröffentlicht wurde, ermöglicht ein differenzierteres Bild der Situation. Es wird deutlich, dass der Anteil der Unternehmen mit mehr als fünf Beschäftigten, die in Forschung und Entwicklung (F&E) sowie in der Produkt- und Prozessinnovation aktiv sind, zwischen 1997 und 2020 stark zurückgegangen ist (Abbildung 1). Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil des Umsatzes für die Finanzierung von F&E-Aktivitäten von 1% auf 3,5%. Die Innovationsaktivitäten konzentrieren sich in der Schweiz immer stärker: Eine geringere Anzahl an Unternehmen wendet immer mehr Mittel für F&E auf. Diese Entwicklung ist auf Faktoren wie Regulierung, internationaler Wettbewerb, Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung zurückzuführen.

Anteil innovativer Unternehmen in %



Anteil des Umsatzes für die Finanzierung von F&E-Aktivitäten



FACHKRÄFTEMANGEL

Erleichterte Zulassung für ausländische Fachkräfte umstritten

Der Bundesrat will das Ausländer- und Integrationsgesetz dahingehend ändern, dass für ausländische Personen mit einem Schweizer Hochschulabschluss eine erleichterte Zulassung zum Schweizer Arbeitsmarkt eingeführt werden soll. Damit will er dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Der Nationalrat bekräftigte dieses Vorhaben in der Frühjahrssession 2023, weitete die Vorlage jedoch auf alle Bildungsabschlüsse der Tertiärstufe (Bachelor, Master, Doktorat, eidgenössische Fachausweise oder Diplome, Diplome HF) aus. Dieser Vorschlag stiess bei der ständerätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) auf Anklang und sie beantragte im Rahmen eines Mitberichts an die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) dessen Annahme. Die SPK-S empfiehlt der kleinen Kammer nun jedoch mit 11 zu 2 Stimmen, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Sie verlangt eine verfassungskonforme Vorlage zur Lockerung des Ausländer- und Integrationsgesetzes. Das Geschäft ist am Dienstag der ersten Sessionswoche im Ständerat traktandiert. Das Netzwerk FUTURE würde die erleichterte Zulassung für ausländische Fachkräfte mit einem Schweizer Tertiärabschluss grundsätzlich unterstützen.

BUNDESHAUSHALT

Kürzungen von 2% mit Konsequenzen bis 2028

Mit der Botschaft zum Voranschlag 2024 präsentiert der Bundesrat seine detaillierte Planung der Einnahmen und Ausgaben im kommenden Jahr. Er weist im ordentlichen Haushalt einen Finanzierungsüberschuss von 4 Millionen Franken aus. Um die Schuldenbremse einzuhalten, vollzog der Bundesrat jedoch lineare Kürzungen von 2% bei den schwach gebundenen Mitteln. Davon betroffen ist auch der Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Das Bundesbudget 2024 wird als Basis dienen für die Verpflichtungskredite der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028 (BFI-Botschaft 2025-2028). Somit wird die Finanzplanung für die gesamte Periode auf einem tieferen Niveau als erwartet starten und enden. Das Parlament wird die BFI-Botschaft 2025-2028 im Sommer 2024 behandeln.

LEHRPERSONENAUSBILDUNG

Zulassungsregeln für die PH auf dem Prüfstand

Mittels einer Motion möchte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) den prüfungsfreien Zugang von Absolventinnen und Absolventen einer Berufsmaturität (BM) zur Pädagogischen Hochschule (PH) einführen. Damit erhofft sie sich, den Lehrpersonenmangel auf der Primarschulstufe lindern zu können. Der Nationalrat nahm den Vorstoss im Frühling 2023 an und hiess gleichzeitig ein Kommissionspostulat gut, demgemäss der Bundesrat die Zulassungsregeln für die PH und deren Verbesserungen in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) prüfen muss. Die WBK des Ständerats will zuerst Kenntnis nehmen von diesem Bericht und empfiehlt die Motion ihrer Schwesterkommission daher mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung zur Ablehnung. Auch der Bundesrat beantragt die Ablehnung dieser Motion. Er erklärte sich jedoch stets bereit, die aufgeworfenen Fragen zusammen mit der EDK zu prüfen – denn die Lehrpersonenausbildung liegt in der Zuständigkeit der Kantone. Der Ständerat wird am Montag der zweiten Sessionswoche über das Anliegen befinden.

Abstimmungsempfehlung

Das Netzwerk FUTURE empfiehlt die Motion zur Ablehnung, da mit einer nationalen Regelung das Grundprinzip der kantonalen Kompetenz für die Ausbildung an pädagogischen Hochschulen übersteuert würde. Es erachtet die Überprüfung der Zulassungsregeln in Zusammenarbeit mit den Kantonen als zielführender, um den je nach Kanton unterschiedlich ausgeprägten Lehrpersonenmangel zu bekämpfen.

IN KÜRZE

Neue Ausschreibung für den Swiss Accelerator

Die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse lanciert die zweite Projektausschreibung für den Swiss Accelerator. Dieser ist eine Übergangsmassnahme infolge der Nicht-Assoziierung der Schweiz ans europäische Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe». Die Unterstützung pro Projekt beträgt maximal 2,5 Millionen Franken.